

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 16.10.2008**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Großer Saal
Zeit:	17:00 Uhr bis 18:30 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE.	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	Anwesend ab 18:00 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Helga Koehn	SKE	
Herr René Trömel	SKE	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Frau Monika Engelhardt	SKE	
Frau Katharina Rommel	SKE	
Herr Andreas Schachtschneider	SKE	

Es fehlten:

Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Herr Wolfgang Pannicke	SKE
Herr Klaus Adam	SKE
Frau Wencke Gabert	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 02.09.2008
4. Vorlagen
- 4.1. Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10
Vorlage: IV/2008/07382
5. Anträge
- 5.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für ein Angebot an Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Halle nehmen
Vorlage: IV/2008/07285
- 5.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Evaluation des Beratungs- und Koordinierungsbedarfs im Bereich Bildung in Halle
Vorlage: IV/2008/07392

- 5.3. Gemeinsamer Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum Thema Erstellung eines Gutachtens zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle durch die BMA
Vorlage: IV/2008/07396
- 5.3.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU, zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle
Vorlage: IV/2008/07448
- 5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum gemeinsamen Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum Thema Erstellung eines Gutachtens zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle durch die BMA
Vorlage: IV/2008/07457
6. Anfragen
7. Mitteilungen
8. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit sind gegeben.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Tagesordnung angenommen.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 02.09.2008

Die Niederschrift vom 02.09.2008 wird nicht bestätigt.

Frau Rommel bittet erneut um Beantwortung folgender Fragen.

1. Wie haben sich die Schulwege der Stadt Halle (Saale) generell verändert? Frau Rommel bittet um eine Darstellung in Kartenform.
2. Wurde bei der Planung der Fusion der Sekundarschule „F. Schiller“ und Am Fliederweg die Konzepte der Schulen berücksichtigt?
3. Wurden bei der Erarbeitung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung die Ausnahmen bei Mehrfachstandorten berücksichtigt?

Frau Wolff und Frau Nagel stellen fest, dass ihre Fragen im Protokoll nicht aufgeführt und auch nicht beantwortet wurden. Sie bitten darum, dies nachzuholen.

Frau Wolff sendet ihre Fragen per Email an das Schulverwaltungsamt.

Herr Dr. Marquardt sichert zu, dass die Fragen beantwortet werden.

Frau Nagel bittet um Korrektur. Den Begriff Ghettoschule hat sie nicht verwendet.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 **Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10** **Vorlage: IV/2008/07382**

Herr Dr. Marquardt weist auf folgendes hin.

1. Textanmerkungen und Austauschseiten nach letztem Bildungsausschuss
2. VO SEPL liegt vor
Hinweis: Es wird eventuell neue Formblätter geben. T: eventuell Nov.
3. Ziel sollte es weiterhin sein, die Mittelfristige Schulentwicklungsplanung im Jahr 2008 zu verabschieden.

Frau Dr. Bergner weist auf die Tischvorlagen – Stellungnahme der Eltern GS Hutten, GS Rosengarten, GS Auenschule und auf den Plan der Schuleinzugsbereich Gymnasien und Gesamtschulen hin.

Herr Zschocke gibt bekannt, dass die Schülerzahlen denen des Landesverwaltungsamtes angepasst werden müssen.

Herr Lange beschwert sich über das Protokoll vom 02.09.2008.

- Es ist unbefriedigend, dass viele Fragen unbeantwortet blieben.
 - Er hat sich intensive mit dem Thema Schulentwicklungsplanung beschäftigt. Die Antworten wurden in Aussicht gestellt, Termin ist unklar.
- Nach Eingang der VO SEPL bittet er um Auskunft, welche Anpassungen, Veränderungen die Verwaltung in der Vorlage zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung plant. Z. B. zum Zügigkeitsrichtwert oder Ausnahmen bei Mehrfachstandorten.
- Weiterhin fragt er an, wie das Anhörungsverfahren der Schulen zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung laufen soll. Sollen die Schulen nur schriftlich Stellung nehmen oder werden die Schulen auch vor dem Bildungsausschuss gehört? Er stimmt dafür, dass die Schulen vor dem Bildungsausschuss gehört werden.

Frau Dr. Bergner stellt klar, dass nicht alle Fragen unbeantwortet geblieben sind. Die Beantwortung der offenen Fragen wird bis zum Bildungsausschuss am 04.11.08 erfolgen. Weiterhin stellt sie klar, dass alle Schulen das Recht haben, im Bildungsausschuss zu sprechen. Diese Anhörungsmöglichkeit ist bekannt.

Frau Wolff bemängelt, dass die Stellungnahmen der Eltern der betroffenen Schulen „nur“ als Tischvorlage vorliegen. Die Verteilung an den Ausschuss sollte demnächst rechtzeitig erfolgen, um sich eine Meinung bilden zu können.

Herr Lange beantragt das mündliche Anhörungsverfahren aller betreffenden Schulen (Eltern und Schüler) zum nächsten Bildungsausschuss am 04.11.08.

Frau Schwabe fragt an, ob die Schulen zur Stellungnahme aufgefordert wurden und ob die Schulen wissen, dass sie die Möglichkeit zur mündlichen Anhörung im Bildungsausschuss haben.

Herr Dr. Marquardt stellt nochmal fest, dass die Eltern die Möglichkeit haben, im Bildungsausschuss mündlich Stellung zu nehmen. Er bittet nochmal an die Zeitschiene zu denken.

Herr Zschocke informiert, dass die Schulen gemäß der VO SEPL schriftlich zur Stellungnahme aufgefordert wurden.

Herr Lange fragt an, ob der Stadeltern- und Stadtschülerrat beteiligt wurde.

Frau Engelhardt (Vorsitzende des Stadelternrates) erklärt, dass der Stadelternrat an einer schriftlichen Stellungnahme arbeitet.

Herr Zschocke sagt, dass die Vorsitzende des Stadtschülerrates zur Stellungnahme aufgefordert wurde. Weiterhin gibt er bekannt, dass die SchülerWVO zur Wahl des Stadtschülerrates geändert wurde. Ab dem Jahr 2008 werden jährlich Vertreter aus verschiedenen Schulformen gewählt, damit kann sich auch jährlich der Vorstand ändern.

Frau Dr. Bergner weist noch mal darauf hin, dass jedes Stadtratsmitglied die Möglichkeit hat, sich ein Bild vor Ort von den Schulen zu machen.

Herr Zschocke bitte um Benennung der zum 04.11.08 einzuladenden Schulen.

Herr Lange weist auf seinen gestellten Antrag hin. Soll der Bildungsausschuss auf die Schulen zugehen (zur mündlichen Anhörung einladen) oder die Schulen auf sich zukommen lassen?

Herr Dr. Marquardt weist auf die Zeitschiene hin und bittet heute hier die einzuladenden Schulen zu benennen.

Frau Dr. Stark fragt an, weshalb nur die „Problemfusionen“ eingeladen werden sollen. Sie ist dafür, alle betreffenden Schulen einzuladen.

Herr Heinrich schließt sich der Meinung an.

Herr Dr. Fikentscher stellt nochmals fest, dass die Vertretungen das Recht haben sich im Ausschuss mündlich zu äußern und fragt an, weshalb der Bedarf geweckt werden soll.

Frau Wolff bittet um Abstimmung zum gestellten Antrag.

Herr Lange wiederholt seinen gestellten Antrag. Die Fraktionen sollen die einzuladenden Schulen benennen. Weiterhin sollte es auch Anhörungen zu Schuleinzugsbereich und zur Verlagerung des BVJ geben.

Herr Dr. Marquardt zweifelt an, dass die Zusammenarbeit von Fraktionen und Schulverwaltungsamt ohne Reibungsverluste passiert.

Frau Dr. Bergner schlägt vor, über den gestellten Antrag von Herrn Lange abzustimmen.

Herr Lange zieht seinen Antrag zurück.

Frau Dr. Bergner stellt fest, der Antrag ist ohne Abstimmung angenommen. Es werden alle betreffenden Schulen zur mündlichen Stellungnahme in die Sitzung des Bildungsausschusses, 04.11.08 eingeladen.

Sie weist nochmals darauf hin, dass kein Beschluss auf der Tagesordnung steht. Die VO schreibt vor, dass der Beschluss zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung bis zum 30.04.08 zu realisieren ist. Jedoch müssen früher Entscheidungen, z. B. zu Schuleinzugsbereichen der Gymnasien/Gesamtschulen getroffen werden.

Frau Nagel und Frau Rommel bitten um Beantwortung folgender Fragen aus der letzten Sitzung.

1. Zu Pkt. 6.4 bis 6.7 (Schulbezirksveränderungen im Grundschulbereich) sollten dem Bildungsausschuss zur Verdeutlichung Karten ggf. mit ÖPNV vorgelegt werden.
2. Zu Pkt. 6.8 (Fusion der SK Schiller mit der SK Fliederweg) – Nachnutzung des Gebäudes SK Schiller soll durch eine große Grundschule sein. Frau Nagel bittet um Benennung des Investitionsbedarfes für die große Grundschule.
3. Zu Pkt. 6.11 (Verlagerung des BVJ) bittet sie um Prüfung der Vor- und Nachteile bei der Zusammenfassung des BVJ.

Herr Bauersfeld hat eine Frage zu Pkt. 6.8 (Fusion der SK Schiller mit der SK Fliederweg) – Begriff Fusion richtig? Muss es nicht auslaufende Beschulung sein?

Herr Zschocke antwortet, dass keine Fusion stattfindet. Es erfolgt eine auslaufende Beschulung. Die auslaufende Beschulung beginnt mit der Nichtbildung der Klassenstufe 5 (hier: 2008/09), damit auch keine Bildung von Anfangsklassen im nächsten Schuljahr (hier: 2009/10).

Die bestehenden Klassen der Sekundarschule Schiller gehen somit im Schuljahr 2010/11 an die SK Am Fliederweg über und die Sekundarschule Schiller wird aufgelöst.

Das Schulverwaltungsamt informiert die Sekundarschule Schiller über diese Änderung.

Herr Bauersfeld bittet um eine Statistik zu Gymnasial- und Gesamtschulrückkehrer. Weiterhin bittet er um Informationen, wie viele Schüler nach dem Abitur eine Lehre und kein Studium beginnen.

Herr Zschocke stellt fest, dass die Verwaltung keine Aussage dazu treffen kann. Die Informationen müssen vom Landesverwaltungsamt i. V. m. dem Statistischen Landesamt eingeholt werden. Die Schüler werden durch das Landesverwaltungsamt von Gymnasien/Gesamtschulen rückgeführt.

Herr Schachtschneider gibt zu bedenken, dass die Zahlen aufgrund von abweichenden Wohnortes nicht eindeutig sein werden.

Herr Zschocke erklärt, dass die Meldung aus anderen Landkreisen fehlt, welche Schüler aus Halle durch eine Ausbildung beginnen. Er schätzt ein, dass ca. 6.000 Schülerinnen und Schüler von 10.000 Berufsschülern Abitur haben.

Frau Schwabe fragt an, welchen Sinn diese Statistik für den Bildungsausschuss haben soll? Viele Schüler studieren vielleicht nach der Ausbildung oder brechen diese ab.

Herr Zschocke erläutert, dass der Bedarf an Schulplätzen an BbS sich prozentual aus der Gesamtzahl der Schulabgänger eines Jahres ergibt, unabhängig von der Art des Abschlusses.

Es gibt keine Berufsschulkapazitäten, welche nur für Schülerinnen und Schüler mit dem Abiturabschluss vorgehalten werden.

Herr Zschocke fragt an, ob diese Informationen für die nächste Ausschusssitzung wichtig sind.

Herr Dr. Marquardt erklärt, dass die Statistiken für eine spätere Ausschusssitzung abgefordert werden.

Frau Dr. Bergner bemängelt, dass bei dem vorgelegten Variantenvergleich die Variante GS Rosengarten zur GS Auenschule fehlt. Sie fragt an, weshalb diese Variante nicht geprüft wurde.

Herr Zschocke erklärt, dass diese Variante bewusst nicht berücksichtigt wurde.

Herr Bauersfeld fragt an, was mit der gemeinsamen Beschulung der gymnasialen Oberstufe der KGS Hutten mit der IGS gemeint ist (Seite 25 der Vorlage).

Herr Zschocke erläutert, dass die Mindestschülerzahl zur Bildung der gymnasialen Oberstufe bei 50 Schülern liegt, welche die KGS Hutten und die IGS bereits seit mehreren Jahren nicht mehr erreichen. Somit wird eine gemeinsame gymnasiale Oberstufe gebildet. Herr Zschocke weist darauf hin, dass dies in den nächsten Jahren auch vermehrt Gymnasien treffen kann, da die Anfangsklassen oft unter 75 Schülern gebildet wurden.

Herr Bauersfeld bittet um Zahlenmaterial dazu.

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

zu 5 Anträge

zu 5.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für ein Angebot an Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Halle nehmen Vorlage: IV/2008/07285

Frau Dr. Bergner weist darauf hin, dass der genannte Antrag aufgrund von nicht Zuständigkeit lt. Zuständigkeitsordnung des Bildungsausschusses in den Finanzausschuss zurück verwiesen wurde.

Herr Lange stimmt nicht überein. Er ist der Meinung, die Zuständigkeitsverordnung ist nur eine Richtlinie. Der Bildungsausschuss kann sich mit dem Thema des genannten Antrages auseinandersetzen.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass der Stadtrat Abarbeitung der Aufgaben Unterausschüsse bildet und für diese Ausschüsse eine verbindliche Zuständigkeitsordnung vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Über die Nichtzuständigkeit des Bildungsausschusses. Wurde in den Finanzausschuss zurück verwiesen.

8 x Ja-Stimmen
3 x Nein-Stimmen
0 x Enthaltung

**zu 5.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Evaluation des Beratungs- und Koordinierungsbedarfs im Bereich Bildung in Halle
Vorlage: IV/2008/07392**

Frau Dr. Bergner vermisst die Übersicht „was bereits gemacht wird“. Z. B. die Evaluation zwischen Kita und Grundschule.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass der Antrag nach Zuarbeit weiter behandelt werden sollte.

Frau Dr. Stark gibt Auskunft über die Meinung des Jugendhilfeausschusses zu diesem Antrag. Es sollten keine Kosten entstehen.

Frau Schwab erwartet, dass die Evaluation Kostenneutral erfolgt.

Herr Dr. Schmidt erläutert, dass an eine Selbstevaluation gedacht wurde, keine Dritten.

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

**zu 5.3 Gemeinsamer Antrag der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum Thema Erstellung eines Gutachtens zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle durch die BMA
Vorlage: IV/2008/07396**

Frau Dr. Bergner erklärt, dass die Verwaltung bemüht ist, Vorschlag einzubringen. Der Antrag sollte bis zur Vorlage des Vorschlages vertagt werden.

Herr Dr. Marquardt sichert die Vorlage des Vorschlages bis Mitte November 2008 zu.

Abstimmungsergebnis:

Vertagt bis Vorschlag der Stadtverwaltung erfolgt.

**zu 5.3.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU, zur
Schülerbeförderung in der Stadt Halle
Vorlage: IV/2008/07448**

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

**zu 5.3.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum gemeinsamen Antrag
der Stadträte der AG Schülerbeförderung zum Thema Erstellung
eines Gutachtens zur Schülerbeförderung in der Stadt Halle durch die
BMA
Vorlage: IV/2008/07457**

Abstimmungsergebnis:

Vertagt

zu 6 Anfragen

Frau Wolff erklärt, dass am Freiwilligen Tag ein Elterneinsatz in der GS Friesen stattgefunden hat. Die Eltern haben Begrünung und Bemalung vorgenommen. Der Hausmeister wollte Anzeige erstatten, die Direktorin verlangt Regress. Frau Wolff bittet um Stellungnahme der Verwaltung, warum die Hausmeister freiwillige Leistungen abnehmen.

Herr Zschocke erklärt, dass ihm der Sachverhalt nicht bekannt ist. Dazu kann nur der EB ZGM Aussagen treffen.

Herr Bauersfeld gibt an, dass der Leichtathletik-Unterricht im Cantor-Gymnasium unbefriedigend läuft und fragt an, ob es dazu schon einen Lösungsvorschlag gibt. Weiterhin fragt er an, weshalb der Basketballplatz mit einem Sandkasten mit kiesähnlichem Sand (rot) ausgestattet wurde. Der Sand unter den Schuhen beschädigt den Boden in der Schule und verschmutzt den Schulhof. Auch an den Radständer wurde Kies als Untergrund verwendet. Warum?

Herr Zschocke erklärt, dass es Schriftverkehr zwischen dem EB ZGM, Herrn Dr. Müller (Schulleiter) und der Stabstelle Sport zum Problem Leichtathletik-Unterricht gibt. Zu den anderen Punkt kann nur das ZGM Auskunft geben.

Frau Dr. Bergner bittet den EB ZGM für die Sitzung am 04.11.08 einzuladen.

Frau Schwabe fragt, warum die Umzäunung GS Eisler nicht realisiert wurde.

Herr Zschocke verweist auf die Einladung des EB ZGM zum 04.11.08.

Frau Thieme fragt nach dem Stand zur Spiel- und Spaßschule Arche Noah, ehem. Gebäude der SK Zeitzer Str.

Herr Zschocke gibt bekannt, dass die Übergabe des Gebäudes an das ZGM am 14.09.08 erfolgte. Der Stand der Vertragsverhandlungen ist ihm nicht bekannt.

Herr Dr. Schmidt bittet um Auskunft über den Stand des Baufortschrittes GS Dölau.

Herr Zschocke gibt die Auskunft, dass die Baugenehmigung vorliegt.

Frau Thieme fragt an, warum die Reinigungskräfte nicht mehr auf dem Schulhof parken dürfen. Die Kräfte haben oft mehrere Schulen an einem Tag zu bedienen, da gestaltet sich die Parkplatzsuche schwierig.

Herr Dr. Marquardt nimmt dieses Problem mit in die Beiko, T: 21.10.08.

zu 7 Mitteilungen

Frau Dr. Bergner teilt mit, dass die Anfrage zum Konservatorium an den Kulturausschuss verwiesen wurde.

zu 8 Anregungen

Für die Richtigkeit:

Datum: 21.10.2008

Jürgen Zschocke
Protokollführer

gez.
Dr. Annegret Bergner
Ausschussvorsitzende